

**H-10700** der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5377 IJ

1990-04-06

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Dr. Partik-Pablé, Eigruber  
an den Bundesminister für Inneres  
betreffend die Auflassung des Gendarmeriepostens Mining

Den unterfertigten Abgeordneten sind Informationen zugekommen, wonach das Gendarmeriepostenkommando Mining anstelle des Postens Traunkirchen aufgelassen und mit der 7 Kilometer entfernten Dienststelle in Altheim zusammengelegt werden soll. Da die geplante Auflassung des Gendarmeriepostens keinesfalls den Sicherheitsbedürfnissen der ansässigen Bevölkerung entspricht und daher auf vehementen Widerstand stieß, sprach auch der Gemeinderat sich in der Sitzung vom 7. März 1990 einhellig gegen diese Maßnahme aus. Hinzu kommt, daß Mining als Grenzgemeinde nach Deutschland einen Grenzübergang für Fußgänger bzw. Radfahrer aufweist, der nur teilweise von der Zollwache besetzt ist und daher zur Verhinderung illegaler Grenzübertritte ausreichender Kontrolle bedarf.

Die unterfertigten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für Inneres nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Ist geplant, das Gendarmeriepostenkommando Mining aufzulassen bzw. mit der Dienststelle in Altheim zusammenzulegen und, wenn ja, aus welchen Gründen?

- 2) Welche Maßnahmen wurden seitens Ihres Ressorts getroffen, um im Falle der Auflassung des Gendarmeriepostens Mining eine flächendeckende Überwachung dieses Grenzgebietes sicherzustellen?
- 3) Sind Sie der Überzeugung, daß die Auflassung des Postens Mining mit den Sicherheitsbedürfnissen der ansässigen Bevölkerung zu vereinbaren ist und, wenn ja, warum?